

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Wettbewerbsstrafe

Kommission begrüßt Google-Urteil

Seite 3

## IM FOKUS

### Migration

EU dringt auf weitere Sanktionen gegen Belarus

Seite 5

### EU-USA

Einigung über künftigen Handel mit Aluminium und Stahl

Seite 6



## TROTZ PANDEMIE

### Europas Wirtschaft legt zu

Europas Wirtschaft kommt schneller aus der Krise als erwartet. Die EU-Kommission rechnet für dieses Jahr mit einem Wachstum von 5 Prozent (in EU und Eurozone), 2022 legt die Wirtschaft um 4,3 Prozent zu, 2023 ist für die EU insgesamt mit einem Plus von 2,5 Prozent zu rechnen, der Euroraum legt um 2,4 Prozent zu. „Europas Wirtschaft geht von der Erholung zur Expansion über, aber es gibt einigen Gegenwind“, so EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni bei der Präsentation der Herbstprognose. Als größte Risiken sieht er steigende Energiepreise, Lieferketten-Engpässe und steigende Corona-Zahlen. Für Deutschland erwartet die Kommission in diesem Jahr ein Wachstum von 2,7 Prozent.

Herbstprognose

## COP26

### EU unterstreicht Vorreiterrolle für Klimaschutz

Auf der UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazu aufgerufen, alles zu tun, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und weitere Initiativen zum Klimaschutz voranzutreiben. „COP26 ist ein Moment der Wahrheit für unser Ziel, den Klimawandel zu stoppen“, bekräftigte von der Leyen und ergänzte: „Der globale Wettlauf mit dem Ziel der Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts hat begonnen.“

> Auf Initiative der Europäischen Kommission hatte die EU den Europäischen Grünen Deal vereinbart, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Erdteil machen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, legte die Kommission das Klimapaket „Fit für 55“ vor. Es beinhaltet, dass die EU bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen (bezogen auf das Basisjahr 1990) um mindestens 55 Prozent senkt. „Wir müssen in diesem Jahrzehnt glaubwürdig handeln“, mahnte die Präsidentin auf der COP26.

Zum Auftakt der Konferenz in Glasgow brachte die Kommission weitere Maßnahmen mit auf den Weg, um den globalen Klimaschutz voranzubringen. Dazu gehören unter anderem:

> **Globale Verringerung von Methan-Emissionen:** Das Klimagas Methan (CH<sub>4</sub>) erwärmt die Erde

achtzigmal stärker als Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Gemeinsam mit US-Präsident Joe Biden stieß von der Leyen in Glasgow einen „Global Methane Pledge“ an. Die mehr als hundert Unterzeichnerländer, darunter die USA und alle EU-Mitgliedstaaten, verpflichten sich, den Ausstoß von Methan bis 2030 um 30 Prozent zurückzufahren. „Natürlich ermutigen wir andere, sich diesem Ziel anzuschließen“, erklärte die Präsidentin.

> **Schutz der Wälder:** „Wälder sind unsere besten Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel. Sie haben unseren Schutz verdient“, sagte von der Leyen. Die Präsidentin sagte im Rahmen des „Global Forest Finance Pledge“ von Seiten der EU in den kommenden fünf Jahren 1 Mrd. Euro für den Schutz der Urwälder zu, etwa im Kongobecken. >>

# „ Diese COP in Glasgow ist für die Weltgemeinschaft die Stunde der Wahrheit. „

Ursula von der Leyen,  
Präsidentin der EU-Kommission

- >> Die Initiative, auf der COP26 unterstützt von mehr als hundert Ländern, soll die Rodung der Wälder bis zum Ende des Jahrzehnts stoppen.
- > **Grüne Innovationen:** „Künftige Technologien werden der Schlüssel zur Verringerung der Emissionen sein“, betonte die Präsidentin. Gemeinsam mit Bill Gates initiierte von der Leyen einen „Breakthrough Energy Catalyst“ (bahnbrechenden Energie-Katalysator) – einen Fonds, der grüne Neuerungen fördert. Als Beispiele nannte von der Leyen Innovationen in den Bereichen sauberer Wasserstoff, nachhaltige Treibstoffe für die Luftfahrt und CO<sub>2</sub>-Speicherung.
  - > **Partnerschaft für Energiewende:** Gemeinsam mit anderen Ländern, darunter Deutschland, besiegelte die Kommission eine Energiewendepartnerschaft mit Südafrika. Der Fonds mit zunächst 8,5 Mrd. Dollar trägt dazu bei, dass das Land schneller aus der Kohleförderung und -verstromung aussteigen kann. „Diese Partnerschaft ist eine Premiere und könnte zu einem Vorbild für die ganze Welt werden“, erklärte von der Leyen.

Ferner ermunterte die Präsidentin in Glasgow andere Länder, sich dem Emissionshandelssystem für Kohlendioxid anzuschließen. „Unsere Erfahrung ist: Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung funktioniert“, sagte von der Leyen auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem kanadischen Regierungschef Justin

Trudeau. Die EU als Vorreiter hatte ein solches Handelssystem bereits 2005 aufgelegt.

## Ausstieg aus Verbrennungsmotor

Die 26. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen – kurz COP26 – verhandelte in Glasgow über Wege, um das Pariser Klimaabkommen von 2015 (COP21) voranzutreiben. In Paris hatten sich knapp zweihundert Länder verpflichtet, alle fünf Jahre neue nationale Emissionseinsparziele zu benennen, um den Anstieg der Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, möglichst sogar unter 1,5 Grad Celsius. „Wir müssen jetzt alle handeln“, erklärte Exekutiv-Präsident Frans Timmermans, zuständig für den Europäischen Grünen Deal. Timmermans lobte, dass sich die USA und China in Glasgow auf eine engere Kooperation beim Klimaschutz einigten. Mehrere Länder, darunter die EU-Mitgliedstaaten Dänemark und Österreich, sowie Autobauer wie Mercedes-Benz besiegelten zudem, bis spätestens 2040 aus dem Verbrennungsmotor auszusteigen, in zentralen Märkten kommt das Aus schon 2035.

Die EU ist weltweit führend beim Klimaschutz, sie senkte ihre Emissionen seit 1990 um 31 Prozent, während ihre Wirtschaft um mehr als 60 Prozent wuchs. „Dies ist ermutigend: Wir können Emissionen verringern, ohne dass es der Wirtschaft schadet“, lobte von der Leyen das Vorgehen als beispielhaft. (pr) >|

■ EU auf der COP26

## EU stützt Klimafonds

Die EU stellt in Glasgow weitere Mittel für den Klimaanpassungsfonds bereit. „Denn diejenigen, die Ressourcen für die Anpassung benötigen, müssen auch Vorhersehbarkeit und Klarheit über ihre Umsetzung haben“, erklärte Frans Timmermans, Exekutiv-Präsident der EU-Kommission. Er sagte weitere 100 Mio. Euro zu. Zuvor hatte die EU auf der Konferenz bereits zusätzlich rund 4,3 Mrd. Euro bis 2027 für den Fonds zugesichert.

Die Industriestaaten hatten bei der Klimakonferenz in Paris ihre Zusage erneuert, einkommensschwache Länder jährlich mit 100 Mrd. Dollar zu unterstützen, um die Klimafolgen zu bewältigen. Der Anpassungsfonds soll spätestens ab 2023 greifen. Die EU zählt mit jährlich rund 25 Mrd. Dollar zu den größten Gebern des Fonds.

## Die Hauptziele des Pariser Klimaabkommens

Das Übereinkommen von Paris wurde im Jahr 2015 von 197 Ländern angenommen und unterzeichnet. Im Mittelpunkt der Vereinbarung stehen drei Hauptziele:



**Minderung des Klimawandels**  
(die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C reduzieren und weitere Anstrengungen unternehmen, um sie auf 1,5 °C zu begrenzen)

### Anpassung an den Klimawandel

(bereit sein für die Veränderungen, die sich bereits vollziehen)



### Klimafinanzierung

(Finanzströme an die Klimaziele anpassen und jährlich 100 Mrd. US-Dollar für gefährdete Länder bereitstellen)

## WETTBEWERB

**Kommission begrüßt Google-Urteil**

Die EU-Kommission hat das Urteil des Gerichts der EU (EuG) zur Bestätigung einer Wettbewerbsstrafe gegen Google zustimmend aufgenommen. „Das Urteil hat eine klare Botschaft: Googles Vorgehen ist unrechtmäßig“, erklärte eine Kommissionssprecherin. Die Kommission hatte gegen das Unternehmen 2017 eine Strafe von 2,42 Mrd. Euro verhängt. Sie sah es als erwiesen an, dass der Konzern seinen eigenen Preisvergleichsdienst „Google Shopping“ gegenüber konkurrierenden Anbietern in Suchanfragen bevorteilt und sich damit einen unrechtmäßigen Wettbewerbsvorteil verschafft hatte. Google habe seine „marktbeherrschende Stellung als Suchmaschinenbetreiber missbraucht“, so Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, zuständig für die Wettbewerbspolitik. Der EuG bestätigte diese Auffassung. Google kann gegen das Urteil vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Revision einlegen.

Auf Initiative der Kommission arbeitet die EU derzeit an zwei Gesetzesinitiativen, die klare Regeln für Unternehmen im Internet definieren: das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act – DMA) und den Rechtsakt über digitale Dienste (Digital Services Act – DSA).

■ *Kartellrecht: Google Shopping*

## NORDIRLAND-PROTOKOLL

**Šefčovič warnt Vereinigtes Königreich**

EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič hat das Vereinigte Königreich vor „ernsthaften Konsequenzen“ gewarnt, sollte die bestehende Brexit-Vereinbarung zu Nordirland einseitig außer Kraft gesetzt werden. „Wir haben ein neues Modell vorgelegt, das den Personen- und Warenverkehr zwischen Nordirland und Großbritannien vereinfacht. Aber bis heute hat sich das Vereinigte Königreich nicht bewegt“, sagte Šefčovič. Vor weiteren Gesprächen mit dem Vereinigten Königreich mahnte er mehr konstruktiven Geist bei der Anwendung des Nordirland-Protokolls an.

Um die Grenzen zwischen Irland und der britischen Provinz Nordirland offenzuhalten, hatte das Vereinigte Königreich im Austrittsabkommen Kontrollen im Handel zwischen Nordirland und der britischen Insel zugestimmt. Die EU-Kommission legte zuletzt zahlreiche Vorschläge vor, um den Warenverkehr mit Nordirland zu vereinfachen, etwa bei der Kontrolle von Lebensmitteltransporten.

■ *Nordirland-Protokoll*

## EUROBAROMETER

**Vertrauen in die EU in Hessen, Bremen und Niedersachsen am höchsten**

Das Vertrauen in die Europäische Union ist in Deutschland in fünf Bundesländern besonders hoch: in Hessen (73 Prozent), Niedersachsen und Bremen (beide 71 Prozent) sowie in Rheinland-Pfalz und Hamburg (beide 70 Prozent). Mit 53 Prozent ist das Vertrauen in Mecklenburg-Vorpommern am geringsten. Zu diesen Ergebnissen kommt die neue Eurobarometer-Umfrage „Europa der Regionen“. Die Eurobarometer ermitteln in regelmäßigen Abständen die Stimmung und Gefühlslage in Europa. Für die jüngste Umfrage wurden zwischen September und Oktober 2021 in den Regionen der 27 Mitgliedstaaten 62.000 Menschen befragt.

Demnach schätzen 83 Prozent der Europäerinnen und Europäer die Lebensqualität in ihrer Region als gut ein. 68 Prozent der Befragten geben an, dass die wirtschaftliche Lage ihrer Region gut ist. In Deutschland schätzen die Menschen in Bayern und Baden-Württemberg die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes als sehr oder ziemlich positiv ein (Baden-Württemberg: 32 Prozent bzw. 60 Prozent, Bayern: 40 Prozent bzw. 51 Prozent). Die höchste Lebensqualität hierzulande empfinden die Befragten in Hessen und Schleswig-Holstein (beide 96 Prozent).

■ *Eurobarometer „Europa der Regionen“*

## PROGRAMM DIGITALES EUROPA

**Innovationen über zwei Milliarden Euro**

Im Zuge des Programms Digitales Europa hat die EU-Kommission Mittel für drei Vorhaben mit Gesamtinvestitionen in Höhe von knapp 2 Mrd. Euro freigegeben. „Unser Ziel ist, dass alle in Europa – Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltungen – von marktreifen technologischen Lösungen profitieren können“, sagte Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission und zuständig für Digitalpolitik.

Im ersten Investitionsvorhaben mit einer Summe von 1,38 Mrd. Euro werden Projekte in den Bereichen Künstliche Intelligenz (KI), Cloud-Computing und Quantenkommunikation unterstützt. 269 Mio. Euro fließen in die Cybersicherheit, 329 Mio. Euro gehen in die Unterstützung europäischer Zentren für digitale Innovation. Die ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm Digitales Europa werden Ende November veröffentlicht, weitere Aufforderungen werden dann im Jahr 2022 folgen.

■ *Digitale Innovationen*

## UMWELT

**Klimawandel erhöht Waldbrandgefahr**

Der Klimawandel steigert das Waldbrandrisiko in Europa. Das geht aus dem Jahresbericht über Waldbrände in Europa, dem Nahen Osten und in Nordafrika für das Jahr 2020 hervor, den die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der EU-Kommission vorgelegt hat. Demnach gingen im Vorjahr in der EU etwa 340.000 Hektar (ha) Wald in Flammen auf, das entspricht einer um 30 Prozent größeren Fläche als Luxemburg. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2021 sind bereits fast 500.000 ha Wald durch Feuer zerstört worden. Das sind mehr als im bisherigen Rekordjahr 2019, in dem rund 400.000 ha Naturlandflächen durch Brände verwüstet worden waren. Zu beobachten seien eine erhöhte Brandgefahr, längere Brandzeiten im Jahresverlauf und intensive, sich schnell ausbreitende „Mega-Brände“, die mit herkömmlichen Brandbekämpfungsmitteln kaum zu beeinflussen sind.

„Der Klimawandel erhöht weltweit das Risiko und das Ausmaß von Flächenbränden. Seit 2016 zeigen die beispiellosen Brände, die sich weltweit ereignet haben, ein Verhalten und eine Intensität, wie sie bisher noch nie festgestellt wurden“, warnte Forschungskommissarin Mariya Gabriel. „Die Gemeinsame Forschungsstelle und die Europäische Kommission mobilisieren Wissenschaft, Technologien, Strategien und Zusammenarbeit, um diese massiven Brände zu verhindern, unsere Wälder zu schützen, die biologische Vielfalt zu erhalten und vor allem das Leben in der EU und darüber hinaus zu schützen.“

#### Waldbrandgefahr

## CYBERSICHERHEIT

**EU erhöht Sicherheit drahtloser Geräte**

Die EU-Kommission will den Umgang mit drahtlosen Geräten wie Mobiltelefonen, Tablets, Fitnessstrackern und Smartwatches für Nutzerinnen und Nutzer sicherer machen. So werden die Vorgaben zum Schutz der Privatsphäre erhöht und für drahtlose Spielwaren die Kinderschutzrechte strenger verankert. Zudem gelten höhere Anforderungen für elektronische Zahlungsvorgänge. „Wir machen neue gesetzliche Vorgaben zum Schutz der Cybersicherheit elektronischer Geräte“, sagte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager.

„Mit den neuen Anforderungen werden wir die Sicherheit einer breiten Produktpalette deutlich verbessern und uns gegen Cyber-Bedrohungen besser wappnen“, ergänzte Binnenmarktkommissar Thierry Breton. Für die Hersteller der entsprechenden Geräte gilt eine Übergangsfrist von 30 Monaten.

#### Sicherheit vernetzter Produkte

## VERBRAUCHERSCHUTZ

**EU verbietet 23 Chemikalien für Kosmetika**

Die Kommission hat den Einsatz von 23 gesundheitsgefährdenden Chemikalien für Kosmetikprodukte untersagt. Diese Chemikalien gelten als krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend und dürfen vom 1. März 2022 an nicht mehr in Kosmetika verwendet werden. Damit wird sichergestellt, dass die von den Europäerinnen und Europäern genutzten kosmetischen Produkte sicherer sind, unabhängig davon, in welchem EU-Land sie verkauft werden und ob die Produkte in der EU hergestellt oder importiert wurden.

Im Laufe der Jahre hat die EU die Exposition der Bürgerinnen und Bürger gegenüber schädlichen Chemikalien erheblich reduziert. Die Kommission prüft ständig, wie der Verbraucherschutz weiter verbessert werden kann.

#### Sichere Kosmetika

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

**Herausgeber:****Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn  
 Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
 E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
 Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
 Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## MIGRATION

# EU dringt auf weitere Sanktionen gegen Belarus

An der EU-Außengrenze zwischen Polen und Belarus verschärft sich die Situation mit Tausenden gestrandeter Migrant\*innen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat dazu aufgerufen, die Restriktionen gegen Belarus zügig auszuweiten. „Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, die erweiterte Sanktionsregelung gegen die belarussischen Behörden, die für diesen hybriden Angriff verantwortlich sind, zu billigen“, sagte sie. „Belarus muss damit aufhören, das Leben von Menschen zu gefährden“, mahnte von der Leyen. Sie forderte die Führung des Landes auf, die „zynische Instrumentalisierung von Migrant\*innen“ zu beenden.

> Belarus schleust seit Monaten Menschen über die gemeinsame Außengrenze in die EU. Polen hatte deshalb zuletzt einen Grenzübergang zu dem Land geschlossen. „Belarus ist ein Land, aus dem Menschen fliehen, nicht in das Menschen fliehen“, erläuterte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson im Europäischen Parlament. Die aktuelle Situation sei der „verzweifelte, unzulässige“ Versuch eines Regimes, das Menschen einlädt, zu kommen. „Das Regime in Belarus bringt Menschen in eine potenziell sehr gefährliche Situation. Das ist völlig inakzeptabel“, so Johansson. „Unsere Antwort wird dementsprechend sein“, kündigte sie an.

## Vorgehen gegen Fluglinien

Die EU-Institutionen treiben derzeit neue Sanktionsinstrumente voran. So erwägt die EU, notfalls Fluglinien von Drittstaaten zu sanktionieren, die Migrant\*innen nach Belarus einfliegen. „Wir zählen auf das proaktive Handeln der Fluggesellschaften“, sagte Kommissionsvizepräsidentin Margaritis Schinas vor ersten Gesprächen in den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Libanon. Schinas reist in die wichtigsten Herkunfts- und Transitländer, um sicherzustellen, „dass deren Staatsangehörige nicht in die von den belarussischen Behörden gestellte Falle laufen“, so von der Leyen. Josep Borrell, der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, hatte bereits im Juli und September im Irak entsprechende Gespräche geführt.

Von der Leyen erinnerte auch an die Verantwortung Russlands für die Situation. Der russische Staatsoberhaupt Wladimir Putin habe einen „starken Einfluss“ auf die belarussische Führung, erklärte sie in einem Interview. Die Kommissionspräsidentin hatte in den vergangenen Tagen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, der litauischen



© European Union, 2021 — Source: European Parliament

Regierungschefin Ingrida Šimonytė und dem lettischen Ministerpräsidenten Arturs Krišjānis Kariņš telefoniert, um zu erörtern, was die EU unternehmen kann, um die drei Staaten zu unterstützen.

So nahmen in Polen Experten und Expertinnen von Europol ihre Arbeit auf. In Litauen und Lettland sind bereits seit längerem Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der EU-Grenzagentur Frontex, des europäischen Büros für Asylfragen EASO sowie der Polizeibehörde Europol aktiv. Litauen hatte zudem rund 35 Mio. Euro an Soforthilfe erhalten. „Wir sind bereit, bei Bedarf mehr Hilfe zu leisten“, bekräftigte Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement. So hatte die Kommission die Mitgliedstaaten allein in der vergangenen Finanzperiode beim Aufbau moderner Grenzmanagement-Systeme mit 1,6 Mrd. Euro unterstützt.

*EU-Innenkommissarin Ylva Johansson bezeichnete das Vorgehen des belarussischen Regimes als „völlig inakzeptabel“.*

“ Es handelt sich um die Aggression eines verzweifelten, illegitimen Regimes. ”

Ylva Johansson,  
EU-Innenkommissarin

Wegen der massiven Manipulationen erkennt die EU die belarussischen Präsidentschaftswahlen vom August vergangenen Jahres nicht an und hat die Sanktionen gegen das Regime mehrfach ausgeweitet. So verschärften die Mitgliedstaaten im Mai dieses Jahres ihre Maßnahmen, nachdem die belarussischen Behörden einen EU-Inlandsflug mit dem oppositionellen Journalisten Raman Pratasewitsch auf dem Weg von Athen nach Vilnius in Minsk zur Landung gezwungen und den Blogger festgesetzt hatten. (pr) >|

TRANSATLANTISCHE ZOLL- UND KLIMASTANDARDS

# EU und USA erzielen **Übereinkunft** zu **Aluminium und Stahl**

Die Europäische Union und die USA haben sich auf gemeinsame Regeln für den künftigen Handel mit Aluminium und Stahl verständigt. So verzichten die USA auf die weitere Erhebung von Sonderabgaben bei der Einfuhr der beiden Metallprodukte aus der EU.



© Shutterstock

Die Europäische Union und die USA einigten sich darauf, dass jährlich rund 4,4 Mio. Tonnen Stahl und 384.000 Tonnen Aluminium zollfrei aus der EU in die USA eingeführt werden können.

> Zudem streben beide Seiten gemeinsame Klima-Standards für die Herstellung von Stahl und Aluminium an. „Die globale Vereinbarung wird unserem Streben nach Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und gleichen Wettbewerbsbedingungen für unsere Stahl- und Aluminiumindustrie ein wirksames neues Instrument hinzufügen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf einer Pressekonferenz mit US-Präsident Joe Biden. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission und zuständig für den Handel, ergänzte: „Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt bei der umfassenden Neuordnung der transatlantischen Beziehungen.“

## Gemeinsame Regeln für CO<sub>2</sub>-Erfassung

Die US-Regierung hatte 2018 Sonderabgaben von 10 Prozent auf Aluminium und von 25 Prozent auf Stahl aus der EU bei der Einfuhr in die Vereinigten Staaten eingeführt. Die am Rande des G20-Treffens in Rom besiegelte Übereinkunft sieht vor, dass die EU künftig jährlich rund 4,4 Mio. Tonnen Stahl und 384.000 Tonnen Aluminium zollfrei in die USA einführen kann. Im Gegenzug hebt die EU Sonderabgaben auf US-Waren wie Motorräder, Jeans, Erdnussbutter und Whiskey auf. Ein Verfahren bei der Welthandelsorganisation WTO wird zunächst für zwei Jahre ausgesetzt. „Die Entscheidung der USA, die alten Handelsvolumina der EU-Stahl- und Aluminiumexporte wiederherzustellen, bedeutet, dass wir die bisherigen Unstimmigkeiten mit den USA überwinden können“, führte Dombrovskis aus.

Die EU und die USA verständigten sich darüber hinaus, gemeinsame Standards für die Erfassung von Kohlendioxid-Emissionen bei der nachhaltigen Produktion von Aluminium und Stahl zu entwickeln. Die Zusammenarbeit auf dem Weg zur Herstellung von klimaneutralem Stahl und Aluminium steht auch anderen Ländern offen. „Die Stahlherstellung ist weltweit eine der größten Quellen für Kohlendioxid-Emissionen“, erläuterte von der Leyen. „Wir werden mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten, um die langfristige Lebensfähigkeit unserer Industrie zu gewährleisten sowie Produktion und Handel von kohlenstoffarmem Stahl zu fördern“, fügte die Präsidentin hinzu.

„Das sind bedeutende Errungenschaften, die auch unsere Bemühungen um nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gute Arbeitsplätze für unsere Beschäftigten in den Volkswirtschaften der Zukunft unmittelbar voranbringen“, sagte Dombrovskis. In Europa sind rund 3,6 Millionen Menschen in der Stahl- und Aluminiumherstellung beschäftigt.

## Enge Kooperation

Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA haben sich seit Amtsantritt der Regierung Biden im vergangenen Jahr erheblich verbessert. So hatte vor zwei Monaten der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC – Trade and Technology Council) mit der ersten Sitzung seine Arbeit aufgenommen. Unter anderem vereinbarten beide Seiten eine enge Kooperation für Technologiestandards wie Künstliche Intelligenz, sichere Lieferketten sowie in Umwelt- und Klimafragen.

Bereits im Juni hatten die EU und die USA Strafzölle auf Produkte wie Flugzeuge, Wein oder Ketchup bis 2026 ausgesetzt. Die Vereinbarung soll es ermöglichen, die Debatte über Beihilfen für die Flugzeugbauer Boeing und Airbus in Ruhe zu einem einvernehmlichen Ende zu führen. „Seit dem EU-USA-Gipfel im Juni haben wir einen Durchbruch nach dem anderen erzielt“, sagte Dombrovskis und ergänzte: „Dank der guten Zusammenarbeit mit der Biden-Administration, können wir uns nun auf eine zukunftsweisende Agenda konzentrieren.“ (pr) >|

■ EU-US Handelskooperation

## Strategische Partnerschaft

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die transatlantischen Beziehungen mit den USA gewürdigt. „Ich bin hier, um unsere strategische Partnerschaft voranzubringen“, erklärte von der Leyen in Washington nach einem Treffen mit US-Präsident Joe Biden. Als gemeinsame Agenda definierte sie den Klimawandel, Gesundheit, Handel und Technologie sowie die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie.

Für ihren Einsatz für die transatlantischen Beziehungen erhielt von der Leyen in Washington den Distinguished Leadership Award des Atlantic Council.

KONFERENZ EUROCITIES IN LEIPZIG

## EU setzt beim Klimaschutz auf Europas Städte

Die EU baut bei der Umsetzung des Europäischen Grünen Deals auf die Kommunen. „Städte sind das Zentrum von Innovation und Inspiration“, betonte Frans Timmermans in seiner Videobotschaft zur Eröffnung des Treffens Eurocities in Leipzig die Bedeutung der Kommunen beim Klimaschutz. Der Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission ist für den Europäischen Grünen Deal verantwortlich, der Europa bis 2050 klimaneutral machen soll.

> Der Grüne Deal könne nur erfolgreich sein, wenn der Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft sozial gerecht gestaltet werde, erklärte Timmermans. „Die größte Gefahr, die wir für diesen Wandel sehen, ist, dass ein Gegensatz zwischen sozialer Nachhaltigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit entsteht“, sagte Timmermans.

### Kommunen sagen Unterstützung zu

Eurocities ist ein Zusammenschluss von mehr als zweihundert größeren europäischen Städten, die sich seit 1986 über soziale, umweltpolitische und städtebauliche Aspekte der Stadtentwicklung austauschen. Die Kommunen sagten der EU in Leipzig ihre Unterstützung beim Europäischen Grünen Deal zu. „Die Zukunft beginnt hier – in unseren Städten“, sagte Dario Nardella, Bürgermeister von Florenz und Präsident von Eurocities. Nardella erinnerte daran, dass viele Städte beim Erreichen von Klimaschutzziele ambitionierter sind als die nationalen Regierungen und verwies exemplarisch auf die Allianz von Bürgermeistern für den Europäischen Grünen Deal.

„Es ist eindeutig, wir sind bei der Klimawende nicht schnell genug“, bilanzierte Peter Kurz, Oberbürgermeister von Mannheim, auf der Tagung in Leipzig. Mannheim hat sich das Ziel gesetzt, bereits 2030 klimaneutral zu wirtschaften. Städte und Kommunen seien es, die die entscheidenden Weichen stellten, um die Klimaziele der EU auf die lokale Ebene zu übertragen, sei es Mobilität, Energie oder Biodiversität, sagte Mannheims Oberbürgermeister und ergänzte: „Es geht nicht um mehr Versprechen, sondern um mehr Lösungen.“ Kurz hatte zuvor auf der Klimakonferenz in Glasgow die so genannte Mannheim Message vorgestellt, die beschreibt, wie Kommunen die Klimawende auf lokaler Ebene umsetzen. „Im Kern steht die Aussage, dass die Städte eigene kommunale grüne Vereinbarungen beschließen und umsetzen werden“, erläuterte er.



Bei der Umsetzung seiner Klimaziele setzt Mannheim darauf, die Bevölkerung in die Planung miteinzubeziehen. „Politik muss die Menschen in ihrer Entscheidungsfindung mitnehmen“, mahnte Durbavka Šuica, Vizepräsidentin der EU-Kommission die Einbindung der Kommunen an.

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, zugleich Präsident des Deutschen Städtetags, erinnerte bei der Tagung an die Leipzig-Charta, die bereits 2007 das Ziel nachhaltiger europäischer Kommunen festgeschrieben hatte. Die Erklärung wurde im vergangenen Jahr unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft ergänzt und betont unter anderem den sozial-gerechten Aspekt der digitalen Transformation. „In allen Bemühungen für eine nachhaltige Energiewende dürfen wir die soziale Dimension dieses Vorhabens nicht aus den Augen verlieren“, mahnte Jung. „Der Wandel, den wir anstreben, ist vergleichbar mit der ersten industriellen Revolution, davon bin ich absolut überzeugt. Diese hat die Welt völlig verändert“, sagte Frans Timmermans und wies darauf hin, dass die Klimawende die Zusammenarbeit aller politischen Ebenen erfordere.

„Wir alle haben Lösungen, aber wenn wir sie miteinander teilen, gewinnen wir mehr Einfluss“, lobte Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe in Leipzig die Zusammenarbeit im Rahmen der Eurocities. Münster hat ebenfalls das Ziel ausgegeben, bis zum Ende des Jahrzehnts klimaneutral zu wirtschaften. (pr) >|

*Auf dem Weg zur Klimaneutralität: Radschnellwege fördern die Öko-Mobilität in den Kommunen.*

### Neue Leipzig-Charta

Unter der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands haben die Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr die Neue Leipzig-Charta verabschiedet. Sie beinhaltet die Ausrichtung der kommunalen Politik auf drei Ziele: Gerechte Stadt betont die Chancengleichheit, produktive Stadt die nachhaltige Entwicklung und grüne Stadt die Ausrichtung auf Klimaneutralität. Auch Digitalisierung wird angemahnt.

„Die Städte stehen an der Spitze unserer Bemühungen auf dem Weg aus der Corona-Krise“, lobte Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Regionalpolitik, die Zukunft.

## GEGEN ANTISEMITISMUS

**EU ehrt Überlebende der Shoah mit Videoinstallation**

Anlässlich der neuen EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens setzt die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland ein Zeichen gegen den Antisemitismus. Im Foyer des Europäischen Hauses am Pariser Platz in Berlin regt eine Installation des Videokünstlers Bert Zander zum Nachdenken und Handeln an.



„Die Europäische Einigung baut auf der Erinnerung an die Nazizeit und den Zweiten Weltkrieg auf. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Vergangenheit nicht ruhen zu lassen“, sagte der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, Jörg Wojahn. „Mit dieser künstlerischen Arbeit wollen wir als Europäische Institution auf den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland und der EU hinweisen und die fundamentale Bedeutung der Shoah für die Europäische Union unterstreichen.“

■ *EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus*

## WETTBEWERB

**„Jung und umweltbewusst“**

Das französische Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat einen Projektwettbewerb zum Thema „Jung und umweltbewusst“ ausgerufen. Bewerben können sich Gruppen von zwei bis fünf jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen müssen EU-Bürger sein oder ihren Wohnsitz in der Europäischen Union haben. Maximal 15 Finalistenprojekte werden ausgewählt und auf der Europäischen Jugendkonferenz vorgestellt, die vom 24. bis 26. Januar 2022 in Straßburg (Frankreich) stattfindet. Die besten Projekte werden mit einem Preis ausgezeichnet. Die Einreichungsfrist läuft noch bis zum 30. November.



■ *Wettbewerb „Jung und umweltbewusst“*

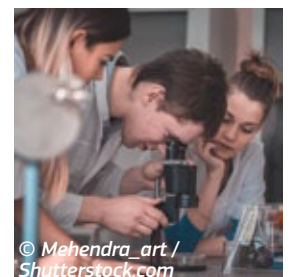
„SCIENCE IS WONDERFUL!“

**EU-Kampagne bringt Welt der Forschung in die Schulen**

Die Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Mariya Gabriel, hat den Start der Kampagne Wissenschaft in der Schule – „Science is wonderful!“ bekanntgegeben. Die kostenlose und für alle offene Initiative bringt die Welt der Wissenschaft in Grund- und Sekundarschulen in ganz Europa. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aller Fachrichtungen stehen bereit, um sich online mit Lehrkräften und Schülern in allen Sprachen auszutauschen, um sie zu inspirieren und ihnen die faszinierende Welt der Forschung näherzubringen.

Die Veranstaltung findet vom 22. bis 26. November statt. Ziel ist es, junge Menschen für eine wissenschaftliche Laufbahn zu begeistern und Forschung und Innovation auf unterhaltsame Weise erlebbar zu machen.

■ *Science is Wonderful!*



## ONLINE-BÜRGERDIALOGE

**Europa-Fragen auf Augenhöhe diskutieren**

Im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie geht es auf europäischer Ebene um viel: Wie gelingt der wirtschaftliche Wiederaufbau? Wie können sich die Bürger und Bürgerinnen in der Konferenz zur Zukunft Europas einbringen? Welche Prioritäten setzt die EU bei den Themen Klimawandel, der Asyl- und Migrationspolitik sowie hinsichtlich der europäischen Werte wie Demokratie und Menschenrechte? Mit ihren Online-Dialogen hat die Europa Union Deutschland eine Plattform geschaffen, auf der Bürger und Bürgerinnen ihre Ideen, Anliegen und Positionen im direkten Gespräch und auf Augenhöhe mit Vertretern und Vertreterinnen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft einbringen können.

Die nächsten Online-Bürgerdialoge finden am Freitag, 12. November, zum Thema Rechtsstaatlichkeit sowie am Donnerstag, 2. Dezember, zur Fragestellung „Brauchen wir eine Europäische Sozialunion?“ statt.

■ *Online-Bürgerdialoge*